

Lagebericht

Einleitung

Gemäß § 37 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO) hat die Gemeinde zum Schluss eines Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zu erstellen. Diesem Jahresabschluss ist ein Lagebericht beizufügen.

Mit dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 legt die Stadt Schwerte den dritten NKF-orientierten Jahresabschluss vor, der sich an den handelsrechtlichen Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften anlehnt.

Eröffnungsbilanz 01.01.2007

Der Entwurf der NKF-Eröffnungsbilanz der Stadt Schwerte zum 01.01.2007 ist dem Rat in seiner Sitzung am 18.06.2008 vorgelegt worden. Der Rat hat den Entwurf zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet und in seiner Sitzung am 06.05.2009 die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Eröffnungsbilanz mit einer Bilanzsumme von 266.196.941,49 EUR festgestellt.

Jahresergebnis

Gemäß § 75 Abs. 2 GONRW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Dieser allgemeine Haushaltsgrundsatz der Gemeindeordnung wird bereits seit vielen Jahren nicht eingehalten. Auch im Jahr 2009 ist der Haushalt in Planung und Rechnung nicht ausgeglichen.

Jahresergebnis 2007

Am 23.09.2009 hat der Rat den Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Schwerte per 31.12.2007 zur Kenntnis genommen und diesen zwecks Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen. Der Rechnungsprüfungsausschuss machte sich letztlich am 01.06.2010 den Prüfbericht der Rechnungsprüfung des Kreises Unna über die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 und den uneingeschränkten Prüfungsvermerk zu Eigen. In seiner Sitzung am 23.06.2010 hat der Rat das Ergebnis der Prüfung zur Kenntnis genommen und beschlossen, den ausgewiesenen Fehlbetrag in Höhe von 6.092.272,84 EUR mit der Ausgleichsrücklage von rd. 15,8 Mio. EUR zu verrechnen.

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2007 wurde vom Rat durch den Beschluss vom 28.03.2007 mit einem geplanten Jahresfehlbedarf in Höhe von 10.866.500 EUR erlassen. Demnach fiel das Defizit um rund 4,77 Mio. EUR geringer aus als ursprünglich geplant.

Jahresergebnis 2008

Noch während der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 wurde am 17.3.2010 der Entwurf des Jahresabschlusses 2008 in den Rat eingebracht. Der von der örtlichen Rechnungsprüfung geprüfte Jahresabschluss 2008 wird dem Rat in seiner Sitzung am 01.12.2010 zur Feststellung vorgelegt.

Die Stadt Schwerte konnte auch im zweiten Jahr der Umstellung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft auf das NKF auf ein Haushaltsjahr 2008 zurückblicken, das nicht die erwarteten negativen Ausmaße erreicht hat. Die Gesamtergebnisrechnung zum 31. Dezember 2008 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 2,668 Mio. EUR ab. Gegenüber dem geplanten Fehlbetrag 2008 von 9,653 Mio. EUR stellt dieses Jahresergebnis eine Verbesserung um fast 7 Mio. EUR dar.

Eine restriktive Haushaltsbewirtschaftung und weitere Zuwächse bei den Steuererträgen hatten neben zusätzlichen Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken sowie Einsparungen bei den Personalaufwendungen maßgeblichen Einfluss auf dieses Ergebnis. Auch die Umsetzung des vom Rat der Stadt Schwerte am 18.06.2008 beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes zur Erlangung einer strukturell ausgeglichen Ergebnisrechnung im Haushaltsjahr 2013 trug erste Früchte. Allerdings führen die Mehrerträge bei den Steuern zu steigenden Aufwendungen für die Kreisumlage ab 2009 und deutlichen Mindererträgen bei den Schlüsselzuweisungen ab 2009.

Jahresergebnis 2009

Die Gesamtergebnisrechnung zum 31.12.2009 schießt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 15,747 Mio. EUR ab. Gegenüber dem geplanten Fehlbedarf 2009 von 9,915 Mio. EUR stellt dies eine Verschlechterung um rund 5,8 Mio. EUR dar. Gegenüber dem Vorjahr (Fehlbetrag 2008: 2,668 Mio. EUR) verschlechtert sich das Jahresergebnis um rd. 13 Mio. EUR.

Das Jahresergebnis ergibt sich als Saldo aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (sog. Primärhaushalt), dem Ergebnis der Finanzierungstätigkeit (Finanzergebnis) und dem Ergebnis der außerordentlichen Tätigkeit (außerordentliches Ergebnis).

Der **Primärhaushalt 2009** schließt mit einem negativen Ergebnis in Höhe von rund 12,968 Mio. EUR ab, d.h., die ordentlichen Aufwendungen übersteigen die ordentlichen Erträge der Stadt Schwerte um diesen Betrag. Die positive Entwicklung des Primärhaushaltes im Vorjahr, die zu einem Überschuss geführt hat, setzte sich im Jahr 2009 nicht fort. Das Jahr 2008 war durch ein überdurchschnittlich hohes Aufkommen an Gewerbesteuer und Einkommensteuer gekennzeichnet.

Die Verschlechterung des Primärhaushaltes ist auf den Rückgang der ordentlichen Erträge zurückzuführen (-12,226 Mio. EUR).

Das **Finanzergebnis 2009** als Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen schließt mit -2,78 Mio. EUR ab. Zinsaufwendungen von 3,52 Mio. EUR stehen Zinserträge von rd. 0,74 Mio. EUR gegenüber. Im Jahresvergleich verbesserte sich das Finanzergebnis geringfügig um rd. 303 TEUR.

Das **Jahresergebnis 2009** ist durch das hohe Defizit des Primärhaushaltes geprägt. Einem weitgehend staatlich festgelegten Katalog an Pflichtaufgaben und Transferleistungen steht eine unzureichende und bezogen auf die Aufgaben unangemessene Finanzausstattung gegenüber.

Erwartungsgemäß führten die positiven Entwicklungen bei den Steuererträgen zu Mindererträgen bei den Schlüsselzuweisungen. Bereits im Herbst 2008 war absehbar, dass sich gegenüber den Plandaten 2009 erhebliche Verschlechterungen abzeichnen.

Bedingt durch die gestiegene Steuerkraft reduzierten sich die Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2009 von im Doppelhaushalt 2008/2009 geplanten 14,3 Mio. EUR um rd. 6,5 Mio. EUR auf rd. 7,8 Mio. EUR.

Durch die gestiegene Steuerkraft sind auch die Umlagegrundlagen zur Berechnung der Kreisumlage um 4,1 % gestiegen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sank gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. EUR. Diese Verschlechterungen erforderten eine am 18.12.2008 durch den Kämmerer verfügte haushaltswirtschaftliche Sperre. Diese Sperre, die der Rat am 18.02.2009 zur Kenntnis genommen hat, umfasste ein Einsparvolumen von rd. 2,4 Mio. EUR im investiven Bereich und rd. 340 TEUR im konsumtiven Bereich.

Das vom Rat am 18.06.2008 beschlossene Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2008- 2013 führte im Haushaltsjahr 2009 zu Haushaltsentlastungen von 2,4 Mio. EUR.

Ertrags- und Aufwandslage

Die Ertragslage 2009 ist im Jahresvergleich durch wesentliche Verschlechterungen bei den **ordentlichen Erträgen** (-12,226 Mio. EUR) gekennzeichnet. Die Verschlechterung bei den ordentlichen Erträgen ist auf den signifikanten Rückgang bei Steuern und ähnlichen Abgaben zurückzuführen. Die Erträge aus Gewerbesteuer sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Mio. EUR zurückgegangen. Parallel reduzierten sich vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,3 Mio. EUR.

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben besitzt die Gewerbesteuer mit 19,4 Mio. EUR zum dritten Mal nach dem Haushaltsjahr 2007 den höchsten Anteil, es folgen der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 17,1 Mio. EUR und die Grundsteuer B mit 6,6 Mio. EUR.

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen stellen die Schlüsselzuweisungen mit 7,8 Mio. EUR bei Weitem die wichtigste Einzelposition dar. Sie werden vom Land als zweckfreie Zuwendung zur

Finanzierung des Ergebnishaushaltes gewährt und bemessen sich am Bedarf der jeweiligen Gemeinde sowie der Steuerkraft. Die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen sind gegenüber dem Vorjahr um 5,75 Mio. EUR zurückgegangen.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beinhalten alle Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie Kostenbeiträge von Eltern für Kindertageseinrichtungen, die privatrechtlichen Leistungsentgelte beinhalten alle Zahlungen für von der Stadt auf privatrechtlicher Grundlage erbrachte Leistungen.

Sonstige ordentliche Erträge umfassen neben den Konzessionsabgaben mit 2,1 Mio. EUR (2008 = 2,6 Mio. EUR) die Auflösung von Rückstellungen (z.B. Pensionen) sowie Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken, Bußgelder, Säumniszuschläge und Avalprovisionen.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen werden entgegen der ursprünglichen Planung in der Ergebnisrechnung nicht unter den „Erträgen aus der Auflösung sonstiger Sonderposten“ sondern unter den „Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen“ ausgewiesen.

Bei der Entwicklung der **ordentlichen Aufwendungen** sind zwei Entwicklungen feststellbar.

Die Kreisumlage steigt jährlich weiter. Im Haushaltsjahr 2009 waren gegenüber dem Vorjahr Mehraufwendungen von rd. 1,4 Mio. EUR an die Kreiskasse zu überweisen. Die Kreisumlage hat sich damit seit dem Jahr 2003 (14,7 Mio. EUR) bis 2009 (24,4 Mio. EUR) um fast 10 Mio. EUR oder 66 % erhöht. Der städtische Haushalt wird im Haushaltsjahr 2010 letztendlich mit einer Kreisumlage in Höhe von 26,1 Mio. EUR belastet werden.

Auch die Transferaufwendungen und hier insbesondere der Zuschussbedarf für das Produkt 006 003 001 „Kinder-, Jugend- und Familienberatung und erzieherische Hilfen“ steigen unverändert. Gegenüber den Plandaten von 2008 mit einem Zuschussbedarf von 3,1 Mio. EUR für das Produkt erhöhte sich der Zuschussbedarf im Haushaltsjahr 2009 auf 5,6 Mio. EUR. Im Haushaltsjahr 2010 wird sogar ein Zuschussbedarf von 6,2 Mio. EUR erwartet.

Die Personalaufwendungen umfassen den gesamten Aufwand für eingesetztes Personal, unabhängig davon, ob die Aufwendungen refinanziert werden. Im Gegensatz zur Kameralistik sind im NKF für Beamte Pensionsrückstellungen zu bilden, die ebenfalls den Personalaufwendungen zuzurechnen sind.

Im NKF werden Versorgungsaufwendungen mit 2,6 Mio. EUR separat ausgewiesen, in der Kameralistik waren sie den Personalausgaben zugeordnet. Sie beinhalten die Pensionen für ehemalige Beamte einschließlich Beihilfen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bilden zusammen mit den sonstigen ordentlichen Aufwendungen den klassischen Sachaufwand. Als Schwerpunkte sind zu nennen:

- Gebäudeunterhaltung 1,39 Mio. EUR
- Bewirtschaftung der Gebäude (Energiekosten u. a.) 2,363 Mio. EUR
- Unterhaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens 410 TEUR
- Haltung von Fahrzeugen 451 TEUR
- Lernmittel 223 TEUR und
- Schülerbeförderungskosten 986 TEUR

Bilanzielle Abschreibungen bilden den Werteverzehr von aktivierungsfähigem Vermögen während der Nutzungsdauer ab. Die damit verbundene Darstellung des Ressourcenverbrauchs stellt einen Kernpunkt des NKF dar. (7,327 Mio. EUR)

Die Transferaufwendungen weisen mit Abstand von allen Aufwendungen das größte Volumen auf (45,295 Mio. EUR). Sie umfassen recht unterschiedliche Aufwendungsarten, deren wichtigste folgende sind:

- Zuweisungen/Zuschüsse an verbundene Unternehmen
 - Zuschuss an den Kultur- und Weiterbildungsbetrieb 2,2 Mio. EUR
 - Zuschuss an die SEG für Straßenunterhaltung 565 TEUR
 - Zuschuss an die Stadtwerke Schwerte GmbH für Betrieb und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung 564 TEUR

- Zuweisungen/Zuschüsse an private Unternehmen 887 TEUR
u. a. an AK Partnerstädte, Tierschutzverein, SIGNAL, VSI, Werk für Bildung und Lernen, Schwerter Sportvereine, Rohrmeisterei, Bürgerbad Elsetal
- Zuweisungen/Zuschüsse übrige Bereiche 5,753 Mio. EUR
u. a. gesetzliche und vertragliche Zuschüsse an freie Träger für Kindertageseinrichtungen und Spielgruppen
- Leistungen der Jugendhilfe 5,674 Mio. EUR und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 880 TEUR
- Gewerbesteuerumlage incl. Finanzierungsbeteiligung. Fonds Deutsche Einheit 2,935 Mio. EUR
- Krankenhausumlage 546 TEUR und
- Kreisumlage mit 24,418 Mio. EUR

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind folgende Schwerpunkte zu nennen:

- Mieten und Pachten 528 TEUR
- Aufwendungen für Deponierung 2,497 Mio. EUR
- Inanspruchnahme von Rechten und Diensten 971 TEUR und Hilfsorganisationen 310 TEUR
wie Honorarkosten und Kosten für die Netzwerkbetreuung an den Schwerter Schulen
- Kosten der Datenverarbeitung 680 TEUR
- Fremdleistungen, Rechts- und Beratungskosten, Rechnungsprüfung 1,577 Mio. EUR
- Versicherungsbeiträge und Umlage Gemeindeunfallversicherungsverband 694 TEUR
- Entwässerungsgebühren für öffentliche Flächen 1,774 Mio. EUR
- Kreisleitstellegebühren und Noteinsatzfahrten 492 TEUR

Beim Finanzergebnis teilen sich die Finanzerträge auf in Zinserträge von verbundenen Unternehmen (Eigenkapitalverzinsung Anstalt öffentlichen Rechts Abwasser), Gewerbesteuererstattungszinsen und sonstige Finanzerträge (Gewinnausschüttung für den Betrieb gewerblicher Art Tiefgarage Am Markt).

Zinsaufwendungen für Kredite, die von der Stadt Schwerte in Anspruch genommen wurden (einschließlich der Liquiditätskredite), fielen in Höhe von 3,5 Mio. EUR an.

Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage

Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrag 2009 wird der Bestand der Ausgleichsrücklage abgebaut. Entgegen der mittelfristigen Haushaltsplanung wird die Allgemeine Rücklage im Jahr 2010 aber noch nicht vollständig abgebaut sein. Spätestens im Verlauf des 1. Halbjahres 2011 wird die allgemeine Rücklage jedoch vollständig aufgebraucht und damit das restliche Eigenkapital aufgezehrt sein.

Die Entwicklung des Eigenkapitals:

	Ist 2008 in TEUR	Ergebnis 2009 in TEUR	Prognose 2010 in TEUR (Erkenntnisstand 01.06.2011)
Jahresergebnis	-2.668	-15.747	-14.204
Anfangsbestand der Ausgleichsrücklage	9.709	7.042	0
Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage	2.668	7.042	0
Endbestand der Aus- gleichsrücklage	7.042	0	0
Allgemeine Rücklage	31.506*	31.506*	22.800*
Inanspruchnahme Allgemeine Rücklage	0	8.706	14.204*
Endbestand Allgemeine Rücklage	31.506*	22.800*	8.596

* Gem. § 92 Abs. 7 GO werden nachträgliche wesentliche Veränderungen der Eröffnungsbilanz gegen die Allgemeine Rücklage gebucht. Daraus resultiert, dass sich diese Position innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren nach dem Eröffnungsbilanzstichtag auch ohne Aufrechnung von Jahresergebnissen verändern kann. (Erläuterungen siehe Anhang)

Vermögens- und Schuldenlage

Das Vermögen der Stadt Schwerte entspricht der Bilanzsumme zum 31.12.2009 und beträgt 246.883.666,44 EUR.

Das städtische Vermögen besteht zu 97,3 % aus Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Innerhalb des Anlagevermögens bilden die Sachanlagen den stärksten Posten.

Zum Bilanzstichtag beziffern sich die Verbindlichkeiten auf insgesamt 100,8 Mio. EUR und die Rückstellungen auf insgesamt 60,7 Mio. EUR. Dieses Fremdkapital in Höhe von insgesamt 161,5 Mio. EUR entspricht in Relation zum Gesamtkapital (=Bilanzsumme) einer Fremdkapitalquote in Höhe von 65,4 %.

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionstätigkeit sind zum Bilanzstichtag um 497 TEUR von 37,239 Mio. EUR auf 37,736 Mio. EUR gestiegen. Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung ist ein Anstieg um rund 9,2 Mio. EUR auf 51,29 Mio. EUR festzustellen. Die Neuaufnahme in 2009 erfolgte zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit.

Finanzlage

Für die Finanzrechnung 2009 ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Konsumtiver Teil

	Finanzplan €	Finanzrechnung €	Abweichung €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	85.002.800,00	95.467.552,51	10.464.752,51
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	91.311.100,00	104.193.039,09	12.881.939,09
Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-6.308.300,00	-8.725.486,58	-2.417.186,58

Bei den Ein- bzw. Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit ist zu berücksichtigen, dass über diverse Konten sog. „durchlaufende Gelder“ wie z.B. die Wohngelderstattungen und die Unterhaltsleistungen in der Grundsicherung, die Kanalbenutzungsgebühren und die Musikschulgebühren enthalten sind, die an den Kreis Unna, die AöR Abwasser und die AöR KuWeBe weitergeleitet werden.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2009 Auszahlungen geleistet, denen im gleichen Jahr kein Aufwand gegenüber stand. Dies begründet sich in den Auszahlungen für Aufwendungen, welche nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung dem Jahr 2008 zuzurechnen sind (Aufwand 2008, Auszahlung 2009)

Investitionen

	Finanzplan €	Finanzrechnung €	Abweichung €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.570.600,00	2.713.158,63	-1.857.441,37
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.044.100,00	3.600.648,00	-3.443.452,00
Saldo der Investitionstätigkeit	-2.473.500,00	- 887.489,37	-1.586.010,63

Finanzierungen

	Finanzplan €	Finanzrechnung €	Abweichung €
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehn	5.566.900,00	115.334.645,01	109.767.745,01
Tilgung und Gewährung von Darlehn	4.108.700,00	105.616.666,44	101.507.966,44
Saldo der Finanzierungstätigkeit	1.458.200,00	9.717.978,57	8.259.778,57

Aufnahmen von Krediten zur Liquiditätssicherung (früher Kassenkredite genannt) werden nicht im Haushaltsplan veranschlagt. Der Rahmen zur Aufnahme solcher Kredite wird in § 5 der Haushaltssatzung festgelegt. Für das Haushaltsjahr 2009 betrug die Höchstgrenze 65 Mio. EUR.

Zu Beginn des Haushaltsjahres betrug der Stand der Liquiditätskredite 42.070.000 EUR. Im Jahr 2009 wurden im Ergebnis die Liquiditätskredite erhöht, sodass der Stand der Liquiditätskredite zum 31.12.2009 insgesamt 51.290.000 EUR beträgt. Der Liquiditätsbedarf erhöhte sich ab Mitte 2010 auf das historische Hoch von über 60 Mio. EUR.

Investitionen und Finanzierung

Bei den Baumaßnahmen bzw. Investitionen entfallen auf die wesentlichen Positionen:

• Neubau Fuß-/Radbrücke Holzstraße	481.138,16 €*
• Ausbau Messingstraße	149.416,13 €*
• Ausbau Ruhrtalradweg	108.554,10 €
• Neubau Schulsportanlage Gänsewinkel	206.989,48 €
• Videüberwachungsanlagen an diversen Schulen	110.451,55 €
• Neubau Lehrküche Reichshofschule	19.553,06 €
• Einrichtung Mensa Realschule Am Bohlgarten	28.651,45 €
• Erneuerung Hubboden Lehrschwimmbecken Ergste	148.512,83 €
• Geräteträger für Flächen- und Landschaftspflege	40.768,02 €
• Abfallsammelfahrzeug	201.990,60 €
• Abrollkipper	119.785,59 €
• Rüstwagen	72.054,50 €*
• Mannschaftstransportfahrzeug LG Wandhofen	29.959,87 €

* = Anlagen im Bau

An Kreditermächtigungen zur Finanzierung von Investitionen standen neben den veranschlagten 2.473.500 EUR noch Kreditermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 1.670.700,00 EUR zur Verfügung. Investive Kredite wurden in Höhe von 1.600.000,00 EUR aus den Kreditermächtigungen aus Vorjahren (Haushaltsjahr 2008) aufgenommen. Die Kreditermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2009 stehen somit noch mit 2.473.500 EUR im vollen Umfang zur Verfügung.

Risikomanagement der Finanzderivate

Abgeschlossene Derivate im Bereich der Investitions- und Liquiditätskredite dienen ausschließlich der Zinssicherung. Von der Wirkungsweise sind diese vergleichbar mit einem festverzinslichen Darlehen. Grundlage für diese Zinsswaps ist die Dienstanweisung für das Schuldenmanagement der Stadt Schwerte.

Die Dienstanweisung für das Schuldenmanagement der Stadt Schwerte regelt ausdrücklich die zulässigen und nicht zulässigen Derivatgeschäfte sowie die zwingende sachliche und zeitliche Konnexität zwischen dem zugrundeliegenden Kreditgeschäft und dem hierzu abgeschlossenen Derivat.

Jedes abgeschlossene Derivat ist auf der Grundlage der zum Zeitpunkt des Abschlusses aktuellen Zinsmeinung abgeschlossen worden. Es liegt also eine Marktstrategie (Abschlusszeitpunkt, Laufzeit, Referenzzinssatz, Forward- oder Liquiditätsaufschläge usw.) zugrunde. Die Stadt Schwerte arbeitet zur Strategiefindung mit einer Großbank zusammen. Jedes abgeschlossene Derivat wird dokumentiert, um die jeweilige Zinsmeinung und Marktstrategie jederzeit nachvollziehen zu können.

Personalsituation

Der von der Kommunalaufsicht vorgegebene Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten aus dem Jahre 1999 sieht hinsichtlich der Personalausgaben die Nutzung aller Einsparpotenziale vor. Hierzu sollte ein nachvollziehbares Konzept vorgelegt werden. Dieser Vorgabe ist der Rat der Stadt Schwerte nachgekommen und hat die Verwaltung gleichzeitig beauftragt, alljähr-

lich nach dem Stand vom 30.06. über die aktuelle Situation der Umsetzung und Fortschreibung des Personalkostenentwicklungskonzeptes zu berichten.

Insofern wurde erstmals für das Berichtsjahr 2008 ein Personalbericht vorgelegt, der dem gesteigerten Informationsbedarf gerecht werden sollte. Der von der Kommunalaufsicht vorgegebene Handlungsrahmen zur Haushaltssicherung war hierbei Bestandteil. Die relevanten Aussagen des Personalberichtes sind in den nachfolgenden Ausführungen zusammengefasst.

Personalstruktur

Personalbestand

Zum 31.12.2009 waren bei der Stadtverwaltung Schwerte insgesamt 526 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Aushilfskräfte beschäftigt. Diese Beschäftigtenzahl gliedert sich in 114 Beamtinnen und Beamte und 412 Beschäftigte. Von der Gesamtbelegschaft sind insgesamt 188 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt, 19 Mitarbeiterinnen waren zum Stichtag aus ihrem aktiven Dienst- oder Arbeitsverhältnis beurlaubt, bzw. befanden sich nach der Schwangerschaft in der Elternzeit. Für diese Mitarbeiterinnen wurden jeweils Vertretungskräfte beschäftigt.

Statusgruppen

Die Belegschaft gliedert sich nach folgenden Statusgruppen:

Wahlbeamtinnen / Wahlbeamte	3
höherer Dienst A13 - A16 / EGr. 13 - 15	11
gehobener Dienst A9 - A13 / EGr. 9 - 12	182
mittlerer Dienst A6 - A9 / EGr. 5 - 8	230
sonstige Beschäftigte	100

Alterstruktur

Der demographische Wandel in der Wohnbevölkerung wirkt spiegelbildlich auch auf die Beschäftigungssituation in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Bei der Stadtverwaltung Schwerte steigt das Alter der Beschäftigten ebenso tendenziell an. Die Hintergründe sind im Wesentlichen die längere Berufsverweildauer durch Verminderung der Alterssicherung bei vorzeitigem Renten- oder Versorgungsbezug sowie die Anhebung der Altersgrenze sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Beamtinnen und Beamten. Das Durchschnittsalter beträgt zum Stichtag 45,77 Jahre.

Bei dem Vergleich der Altersgruppe 53 - 65, das ist die Altersgruppe die in den nächsten 14 Jahren entweder durch Rentenbezug / Pensionierung oder vorgezogen durch Altersteilzeit aus dem aktiven Dienst ausscheiden wird, und dem Vergleich mit der Altersgruppe der 17 – 29-jährigen wird deutlich, dass sich ein allgemeines Personalgewinnungsproblem abzeichnen wird. Der Bedarf an neuen Arbeitskräften wird erheblich ansteigen. Gleichzeitig werden am Arbeitsmarkt weniger qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Durch eine qualifizierte Werbung und Personalauswahl dürfte es in den nächsten Jahren gelingen, den Personalbedarf zu decken. Soweit die Bedarfe im Bereich der allgemeinen Verwaltung entstehen, kann durch die Berufsausbildung junger Menschen ein Generationenwechsel und damit verbunden eine Senkung des Durchschnittsalters stattfinden.

Personalaufwand

Der Personalaufwand 2009 beinhaltet den Aufwand für die Beamtenbesoldung und Beihilfen sowie die Bezüge der Beschäftigten einschließlich Personalnebenkosten wie soziale Aufwendungen der Zusatzversorgung und Entgeltfortzahlung.

Die Beihilfeleistungen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen nach der Beihilfeverordnung ist ein Teil der Alimentation und damit der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums. Die Leistungen entsprechen inzwischen in weiten Teilen dem Leistungskatalog der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Anspruchsberechtigt sind die aktiven Beamtinnen und Beamten, die Versorgungsempfängerinnen und –empfänger (der Aufwand wird dem Versorgungsaufwand zugerechnet), sowie mit Einschränkung die Beschäftigten, soweit das Beschäftigungsverhältnis vor dem 01.01.1999 begründet wurde.

Seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sind ebenfalls die Zuführungen zu Rückstellungen zu berücksichtigen sowie die Minderung des Aufwandes durch Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellungen.

Die **Personalaufwendungen** 2009 gliedern sich in folgende Aufwandsarten:

Aufwandsart	Aufwand	Anteil in %
Besoldung Beamte	4.128.507,67	19,52
Beihilfen Beamte	312.040,13	1,47
Zuführung zu Pensionsrückstellungen	739.405,00	3,5
Zuführung zu Beihilferückstellungen	86.678,00	0,41
Aufwand Beamte gesamt	5.266.630,80	24,90
Entgelte tariflich Beschäftigte	11.789.054,62	55,75
Sozialversicherungsbeiträge tarifl. Beschäftigte	2.338.674,89	11,06
Versorgungskassenbeiträge tarifl. Beschäftigte	903.324,98	4,27
Beihilfen tariflich Beschäftigte	6.766,45	0,03
Aufwand tariflich Beschäftigte gesamt	15.037.820,94	71,11
Zuführung Rückstellung Urlaub, Gleitzeit	193.119,56	0,91
Zuführung Rückstellung Altersteilzeit*	1.140.258,00	5,39
Zuführung Rückstellung Dienstjubiläen	8.458,00	0,04
Inanspruchnahme Rückstellungen	-497.766,10	- 2,35
Zuführung / Inanspruchnahme Rückstellungen ges.	844.069,46	3,99
Personalaufwand gesamt	21.148.521,20	100,00

* Da in 2009 (wegen Veränderung tarifrechtlicher Regelungen ab 2010) mehr Altersteilzeitverträge geschlossen wurden als in den Vorjahren, waren für die zu zahlenden Aufstockungsbeiträge während der Altersteilzeit deutlich höhere Rückstellungen zu bilden, so dass im Vergleich zum Vorjahr der Aufwand um rd. 110% gestiegen ist.

Personalkostenkonsolidierung

Neben den aktuellen Bestrebungen sahen auch die Personalkostenkonsolidierungskonzepte der Vorjahre Personalkosteneinsparungen in erheblichem Umfang vor, so dass in dem Planungszeitraum 1992 bis 2009 der Stellenplan um insgesamt 289 Stellen mit den entsprechenden Kostenwirkungen entlastet wurde. Möglich wurden diese Stellen- und damit auch Personalkosteneinsparungen aufgrund von Fluktuation und eingeschränkt durch die Verminderung der Qualifizierungsaktivitäten im Bereich der beruflichen Ausbildung. Daneben führten auch Vorruhestandsregelungen und Abfindungszahlungen zur Reduzierung der im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen.

Der Innenminister hat am 06. März 2009 einen Leitfaden zur Haushaltssicherung im NKF herausgegeben. In Bezug auf die Personalkosten geht er davon aus, dass die Personalaufwendungen eine wichtige Komponente zur Konsolidierung des Kommunalhaushaltes seien und demzufolge ohne deutliche Entlastung bei den Personalaufwendungen im Regelfall ein Haushaltskonsolidierungskonzept nicht zum Erfolg geführt werden können. Eine aufgabenkritische Prüfung des Personalbestandes sei daher als Daueraufgabe zu verstehen.

Versorgungsstatus

Die Stadt Schwerte bedient sich zur Auszahlung der Versorgungsbezüge der in den Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamte oder deren Hinterbliebenen der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster. Der Versorgungsaufwand errechnet sich aus einem sogenannten Umlageanteil, der sich auf Basis der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge der aktiven Beamtinnen und Beamten errechnet sowie dem Erstattungsanteil für die tatsächlich geleisteten Versorgungsbezüge. Die Herabsetzung der gebildeten Rückstellungen mindert den Versorgungsaufwand in der Ergebnisrechnung.

Der **Versorgungsaufwand** 2009 gliedert sich wie folgt:

Aufwandsart	Aufwand
Versorgungskassenumlage	1.772.529,06
Beihilfen für Versorgungsempfänger	273.042,26
Zuführung zur Pensionsrückstellung *	796.064,00
Zuführung zur Beihilferückstellung *	122.467,00
Inanspruchnahme Rückstellung Versorgungsempfänger	-339.368,00
Versorgungsaufwand gesamt	2.624.734,32

* Jeweils zum Stichtag 31.12. eines jeden Kalenderjahres wird von der Versorgungskasse ein Gutachten zur Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen erstellt.
Aufgrund vorzeitigen Eintritts in den Ruhestand von drei Beamten und Anpassung der Versorgungsleistung an die aktuelle Entwicklung der Beamtenbesoldung war in 2009 die Rückstellung für die Versorgungsempfänger aufwandswirksam anzupassen.

Leistungsentgeltssystem

Das mit Einführung des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) vereinbarte Leistungsentgelt, durch das die individuelle Anstrengungsbereitschaft des einzelnen Beschäftigten honoriert werden soll, wird seit dem 01.01.2007 gewährt.

Die Tarifvertragsparteien haben sich darauf verständigt 1 % der ständigen Monatsentgelte als Leistungsentgelt an die Beschäftigten auszuschütten. Im Jahr 2009 wurde für die Beschäftigten ein Entgeltvolumen in Höhe von 102 TEUR gewährt.

Inzwischen ist durch Rechtsverordnung die Möglichkeit eröffnet, auch den Beamtinnen und Beamten ein Leistungsentgelt zu gewähren. Die Zahlung ist jedoch von der Haushaltslage abhängig, so dass an die Beamtinnen und Beamten wie in 2008 auch in 2009 kein Leistungsentgelt gewährt wurde.

Schwerbehindertenförderung

Die im Jahr 2005 mit der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat beschlossenen Integrationsvereinbarung im Sinne der Schwerbehindertenförderung versteht sich als Instrument der Personalplanung, der Arbeitsplatz- und Arbeitsumfeldgestaltung für behinderte Menschen

Mit der Integrationsvereinbarung strebt die Stadt Schwerte einen über die Pflichtquote von 5 % hinausgehenden Schwerbehinderanteil an. Für das Jahr 2009 betrug der Anteil der schwerbehinderten Menschen bei der Stadt Schwerte 11,91 %. Das sind 63 mit Schwerbehinderten besetzte Stellen.

Arbeitsschutz, Gesundheits- und Eingliederungsmanagement

Der Arbeitsschutz bei der Stadt Schwerte verfolgt das Ziel, den Schutz und die Erhaltung der Gesundheit der Beschäftigten sowie die Beachtung der zum Zwecke der Unfallverhütung erlassenen Vorschriften sicherzustellen. Dazu ist bei der Stadt Schwerte ein nach dem Arbeitssicherheitsgesetz vorgeschriebener Arbeitsschutzausschuss eingerichtet. Der Arbeitsschutzausschuss wird unterstützt durch die Fachkunde des Betriebsärztlichen Dienstes Hagen und des Sicherheitsingenieurs des Arbeitsmedizinischen und Sicherheitstechnischen Zentrums Ahlen.

Im Rahmen der Unfallstatistik sind für das Jahr 2008 14 Arbeitsunfälle mit 145 Ausfalltagen zu verzeichnen.

Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements wird durch entsprechend strukturierte Präventionsmaßnahmen das Ziel angestrebt, die Gesundheit der Beschäftigten gefährdende Arbeitsbedingungen auszuschließen, und die Stärkung der persönlichen Gesundheitskompetenz durch entsprechende Angebote unterstützt.

Qualifizierung, Fortbildung und Ausbildung

Fachwissen und Kompetenz der Beschäftigten sind entscheidende Faktoren für den beruflichen Erfolg und für die Zukunftsorientierung der Verwaltung. Die Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen im Sinne des „lebenslangen Lernens“ kontinuierlich weiterentwickelt werden. Damit gehört die berufliche Qualifizierung zu den wichtigsten Aktivitäten der Verwaltungen. Im Haushaltsjahr 2009 haben 344 fachbezogene Qualifizierungsmaßnahmen und 116 allgemeine Fortbildungsmaßnahmen stattgefunden.

Aufgrund der Besonderheiten des öffentlichen Dienstes bildet die Stadt Schwerte Nachwuchskräfte der allgemeinen Verwaltung nur dann aus, wenn sich für die Zukunft ein personeller Bedarf abzeichnet. Für die Planungen 2009 ergab sich kein Bedarf. Dies galt auch für den Bereich des gehobenen nichttechnischen Dienstes.

Im Bereich des feuerwehrtechnischen Dienstes wurden zur Sicherstellung der Sollstärke der hauptamtlichen Wache der Freiwilligen Feuerwehr weitere zwei Brandmeisteranwärter eingestellt. Beide Anwärter haben im November 2009 ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Damit ist das Ziel des Brandschutzbedarfsplanes 2006 hinsichtlich der Personalausstattung erreicht.

Ausgehend von der demographischen Entwicklung wird es bei den aktuellen Ausbildungsanstrengungen bleiben müssen.

Chancen

Die Stadt Schwerte betreibt bereits seit Anfang der 90er Jahre des vorherigen Jahrhunderts Haushaltskonsolidierung. Nach einem solchen Zeitraum der Haushaltssicherung sind die Konsolidierungspotentiale weitestgehend ausgeschöpft. Dennoch hat sich der Rat mit dem Haushaltssicherungskonzept 2007 – 2012 zum Haushalt 2007 für eine externe Begleitung bei der Haushaltssicherung entschieden. Hierdurch sollte in den Jahren 2008 – 2012 Haushaltsverbesserungen von rd. 12,5 Mio. EUR erzielt werden. Durch eine Unternehmensberatung wurden Anfang 2008 sämtliche Produkte untersucht und Einsparvorschläge entwickelt.

In dem Abschlussbericht zur Erstellung eines Haushaltssicherungsgutachtens für die Stadt Schwerte vom Juni 2008 wird folgendes herausgestellt:

„Das ausgewiesene Potential zur Haushaltskonsolidierung über alle Maßnahmen für die Jahre 2008 bis 2013 bietet somit die grundsätzliche Möglichkeit, den im aktuellen HSK durch die Stadt Schwerte eingeplanten Konsolidierungsbeitrag erreichen zu können. Dieses Ergebnis zeigt, dass ein Haushaltsausgleich für die Stadt Schwerte bei konsequenter Umsetzung des aktuellen HSK bis zum Jahr 2013 erreichbar sein kann. Das ermittelte Haushaltssicherungspotential ist Ergebnis einer objektiven Betrachtung der noch bestehenden Spielräume. Zu berücksichtigen ist dabei, **dass vor dem Hintergrund einer langjährigen Historie der Stadt Schwerte im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung bereits umfassende Anstrengungen unternommen und entsprechende Maßnahmen umgesetzt wurden, die bereits zu Entlastungen des Haushalts geführt haben.** Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zu Städten, die erstmals oder in einem früheren Stadium mit der Problematik nicht ausgeglichener Haushalte zu kämpfen haben.“

In seiner Sitzung am 18.06.2008 hat der Rat der Stadt Schwerte dann nach Vorlage des externen Gutachtens zur Haushaltssicherung ein Sparpaket von rd. 33 Mio. EUR, wovon fast 20 Mio. EUR auf Maßnahmen aus dem externen Haushaltssicherungsgutachten entfallen, für den Konsolidierungszeitraum von 2008 – 2013 beschlossen.

Das zum Ausgleich des Fehlbedarfs in der Ergebnisrechnung erforderliche HSK sah für das Haushaltsjahr 2008 Mehrerträge bzw. Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt 1.309 TEUR vor. Bei der Umsetzung des HSK ergab sich eine geringe „Überkompensation“.

Auch im Haushaltsjahr 2009 ist eine hohe Umsetzungsquote erreicht worden. Insgesamt wurden Haushaltsverbesserungen durch die Umsetzung der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes in Höhe von rd. 2,4 Mio. EUR erzielt.

Eine wichtige Säule der Haushaltskonsolidierung ist auch die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes Schwerte. Dazu gehört die Ansiedlung von Unternehmen, die eine Erhöhung der Steuerkraft bewirken soll.

Die Stadt Schwerte stellt Gewerbeflächen im „Nattland“ über einen Treuhandvertrag durch die WFG Unna zur Ansiedlung weiterer Betriebe bereit. Nach einer leichten Stagnation hat das Nachfrageverhalten wieder Fahrt aufgenommen. Weitere Vertragsabschlüsse stehen kurz vor dem Abschluss.

Demnächst wird auch das Gewerbegebiet „Gartenbad“ für weitere Ansiedlungen zur Verfügung stehen. Mittel für die Erschließung stehen in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 zur Verfügung. Noch im Haushaltsjahr 2010 erfolgt unter der Bauleitung der SEG die Auftragsvergabe für die Erschließung. Z.Z. liegen bereits drei Grundstücksreservierungen vor.

Auch im Technologiepark der TWS konnten in diesem Jahr bereits Grundstückskaufverträge abgeschlossen werden.

Mit der Optimierung des Gebäudemanagements wurde begonnen. Berücksichtigt werden Möglichkeiten der Energieeinsparung und der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Insbesondere die Energieverbräuche der großen gemeindlichen Liegenschaften sind zu prüfen und auszuwerten.

Durch energetische Maßnahmen werden Kosten eingespart.

An den Kosten für die energetische Sanierung des Ruhrtalgymnasiums und der Gesamtschule Gänsewinkel beteiligen sich der Bund und das Land mit je einem Drittel. Die Zuwendungsbescheide liegen vor. Auch die Mittel aus dem Konjunkturpaket II werden zur energetischen Sanierung eingesetzt, um den städtischen Haushalt nachhaltig strukturell zu entlasten.

Risiken

Die Gewerbesteuer hat sich im Haushaltsjahr 2007 wieder zur wichtigsten Ertragsart entwickelt und befand sich auch in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 auf einem hohen Niveau. Während die Erträge aus der Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2007 gegenüber 2006 um rund 50 % auf das historische Hoch von 22,2 Mio. EUR stiegen und im Haushaltsjahr 2008 die gleichen Erträge der Stadtkasse zufflossen, waren 2009 nur noch Gewerbesteuererträge in Höhe von 19,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Im Haushaltsjahr 2010 zeichnen sich spürbare Einbrüche auf das Niveau von 2006 ab. Einflussfaktoren sind neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Steuergesetzgebung.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist zum einen konjunkturabhängig, zum anderen bemisst er sich nach der gemeindespezifischen Schlüsselzahl. Konnte die Stadt Schwerte auch hier im Haushaltsjahr 2008 das historische Rekordergebnis mit 19,5 Mio. EUR erzielen, betragen die Erträge im Jahr 2009 nur noch 17,1 Mio. EUR. Auch hier ist in 2010 mit einem Absinken auf das Niveau von 2006 zu rechnen.

Die Städte und Gemeinden in NRW befinden sich zurzeit in einer Finanzkrise, die in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist. Massive Einbrüche bei den Haupteinnahmequellen der Kommunen, der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, treffen zusammen mit hohen Anstiegen der Sozialerträge. Es ist davon auszugehen, dass den Kommunen mehrere „Dürrejahre“ bevorstehen. Die kurze finanzielle Erholung der Jahre 2007 und 2008 reicht nicht aus, das über Jahre hinweg angewachsene Finanzierungsdefizit zu beseitigen. Parallel dazu entwickelt sich der Aufwand für die Kommunen ungünstig. Während die Kosten für Personal stabil gehalten werden konnten, schnellt der Aufwand für Soziales in die Höhe.

So sah der Produktbereich 006 003 001 „Kinder-, Jugend- und Familienberatung und erzieherischen Hilfen“ im Haushaltsplan 2007 Aufwendungen von rd. 3,1 Mio. EUR vor. Zur Erfüllung der Aufgaben hat der Rat am 29.08.2007 weitere Mittel in Höhe von fast 1,6 Mio. EUR bereitstellen müssen. Trotz der Erhöhung der Haushaltsansätze in 2008 und 2009 auf 5,0 Mio. EUR bzw. 5,4 Mio. EUR waren die Haushaltsansätze nicht auskömmlich. Nach derzeitigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass das Produkt den städtischen Haushalt in 2010 mit rd. 6,2 Mio. EUR belasten wird. Dies bedeutet gegenüber den Planzahlen aus 2007 eine Verdoppelung des Zuschusses.

Hinzu kommen hohe Belastungen bei dem Produkt 006 001 001 „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung“, welches den Etat im Haushaltsjahr 2010 mit rd. 4 Mio. EUR belastet.

Die größte Aufwandsposition im Haushalt der Stadt Schwerte stellt die Kreisumlage dar. In den letzten Jahren wurde die Umlage zusätzlich durch die Umsetzung der sog. Hartz IV Reform belastet. Der Kreis Unna hat seine Umlage in den letzten Jahren stetig erhöht. Musste die Stadt Schwerte im Jahr 2003 noch rd. 14,7 Mio. EUR an Kreisumlage aufbringen, wurden im Jahr 2008 bereits 22,7 Mio. EUR an den Kreis Unna überwiesen.

Im Haushaltsjahr 2009 musste die Stadt Schwerte die Kreisumlage von 24,4 Mio. EUR aufbringen.

Für das Haushaltsjahr 2010 wurde der Kreisumlagehebesatz zunächst um 5,832 %-Punkte auf 26,9 Mio. EUR erhöht. Dies entspricht einer Erhöhung um 12,9 %. In seiner Sitzung am 28.09.2010 hat der Kreistag eine Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen und den Kreisumlagesatz um 1,0 % auf 49,964 % gesenkt. Dies bewirkt eine Reduzierung der Kreisumlage 2010 auf nunmehr 26,1 Mio. EUR.

Der Kreis Unna kann durch die Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Sozialgesetzbuches NRW (AG SGB II) für die Jahre 2007 – 2009 mit einer Nachzahlung bei den Ausgleichszahlungen zur Wohngeldentlastung in Höhe von 13,4 Mio. EUR rechnen. Diese Entlastung des Kreishaushaltes soll noch im Haushaltsjahr 2010 an die kreisangehörigen Gemeinden weitergegeben werden. Für die Stadt Schwerte ergibt sich für 2010 eine Entlastung von rd. 1.554 TEUR. Ein Anteil für das Haushaltsjahr 2010 ist in diesem Betrag noch nicht enthalten.

Weiteres Ungemach droht im Haushaltsjahr 2011 durch die Erhöhung der Landschaftsumlage.

Fazit

Die Ausgleichsrücklage ist trotz der guten Steuererträge in den Jahren 2007 und 2008 im dritten NKF-Haushaltsjahr 2009 aufgezehrt. So muss bereits in 2009 die Allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden. Die Allgemeine Rücklage wird aufgrund des hohen jahresbezogenen Fehlbedarfs 2009 und 2010 spätestens zu Beginn des Haushaltsjahres 2011 vollständig abgebaut sein und die bilanzielle Überschuldung eintreten.

Die entscheidenden Punkte sind nicht das Vermögen und die langfristigen Schulden der Stadt Schwerte, sondern die fehlende Liquidität. So übersteigen seit 2005 die Liquiditätskredite die investiven Kredite.

Dass die Stadt in den letzten Jahren bereits vieles unternommen hat, wurde bereits ausgeführt. Doch das alles hat nicht gereicht und wird auch nicht bzw. nie reichen. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise muss der finanzielle Erfolg als bescheiden bezeichnet werden, da das entsprechende Sparpotential nicht (mehr) vorhanden ist.

Das bedeutet nicht, dass die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung nun eingestellt werden. Das Gegenteil ist der Fall. Haushaltssicherung ist ein permanenter Prozess. Sofern sich Handlungsmöglichkeiten ergeben, werden diese genutzt. Dabei kann der Haushaltsausgleich nicht gelingen, wenn primär nur die Einnahmeseite betrachtet wird. Haushaltssicherung setzt auch auf der Aufwandsseite an, wohl wissend dass damit oft schmerzliche Prozesse verbunden sind.

Es gilt, auch als Verpflichtung für die nachfolgenden Generationen, die entstehenden Lasten so gering wie möglich zu halten. Diesen Nachweis muss der Rat durch entsprechende Beschlüsse zum Haushalt erbringen und die Verwaltung durch Umsetzung dieser Beschlüsse untermauern. Den Willen dazu haben Rat und Verwaltung gezeigt, es gilt den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Andererseits sind auch Bund und Länder gefordert, den Kommunen zu helfen, denn ohne Gemeindefinanzreform werden die örtlichen Bemühungen, den Haushaltsausgleich zu erreichen, nicht von Erfolg gekrönt sein.

Nachdem die Kommunen und deren Interessenvertretungen Notrufe und Forderungen formuliert haben, laufen erste Maßnahmen zur Entlastung der kommunalen Haushalte an. Auch die Kämmerer und die Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden des Kreises Unna haben gemeinsam mit dem Landrat am 30.11.2009 einen Notruf verabschiedet. Gefordert wird u. a.

- die Gewährleistung einer auskömmlichen Finanzausstattung
- die Einhaltung des Konnexitätsprinzips
- die Schaffung eines Rettungsschirmes für die Kommunen
- Entlastung der Kommunen beim Solidarbeitrag-Ost
- die bedingungslose Teilhabe an Förderprogrammen für Haushaltssicherungs-/ Nothaushaltskommunen und die Möglichkeit der Finanzierung von Eigenanteilen durch Kredite
- Ausrichtung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft entsprechend der tatsächlichen Aufwendungen
- Perspektiven aus der Vergeblichkeitsfalle

Erste Hilfsmaßnahmen zur Erreichung der Handlungsfähigkeit der Kommunen laufen an. Mit einem Nachtragshaushalt 2010 soll das Gemeindefinanzierungsgesetz um rund 300 Mio. EUR aufgestockt werden. Der Gesetzentwurf ist am 29.09.2010 in den Landtag eingebracht worden. Die erste Modellrechnung sieht im Haushaltsjahr 2010 zusätzliche Schlüsselzuweisungen in Höhe von 555 TEUR vor. Ein weiteres Vorhaben der Landesregierung zeichnet sich für 2011 ab: Stärkungspakt Stadtfinanzen. Damit sollen besonders finanzschwache Gemeinden bei der Konsolidierung des Haushaltes unterstützt werden. Diese Maßnahmen werden jedoch bei weitem nicht ausreichen, um den kommunalen Haushalten eine Perspektive zu geben.

NKF-Kennzahlenset

Im Rahmen der Anzeige- und Genehmigungspflichten nach der Gemeindeordnung haben die Aufsichtsbehörden die Aufgabe, anhand der ihnen vorliegenden Unterlagen das Handeln der Gemeinden nach Rechtsmäßigkeit und Plausibilität zu prüfen und gegebenenfalls gegenüber der einzelnen Gemeinde mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln tätig zu werden. Durch die aufsichtsbehördliche Prüfung soll neben der Einhaltung des haushaltsrechtlichen Rahmens auch eine nachhaltige Haushaltswirtschaft der Gemeinden erreicht werden. Gefährdungen der geordneten Haushaltswirtschaft von Gemeinden und Risiken für ihre Zukunft sollen durch die aufsichtsbehördliche Prüfung frühzeitig erkannt werden. Die Tätigkeit der Aufsichtsbehörden soll durch ausgewählte Kennzahlen, die in dem nachfolgenden NKF-Kennzahlenset gemäß Runderlass des Innenministeriums vom 1. Oktober 2008 enthalten sind, unterstützt werden. Das NKF-Kennzahlenset ist in gemeinsamer Arbeit der Aufsichtsbehörden der Gemeinden sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen erarbeitet worden.

Kennzahlen zur Haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

Kennzahl	Formel	Kennzahl 2009
Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	86,23
Eigenkapitalquote 1	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	9,24
Eigenkapitalquote 2	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	33,33
Fehlbetragsquote	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgemeine Rücklage}}$	38,21

Die Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation bilden die defizitäre Lage des Haushalts im Jahr 2009 ab.

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, inwieweit die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden. Mit einem Aufwandsdeckungsgrad von 86,23 % liegt bei der Stadt Schwerte eine deutliche Unterdeckung vor.

Die Eigenkapitalquoten spiegeln den Anteil des Eigenkapitals (EK-Quote 1) bzw. des wirtschaftlichen Eigenkapitals (EK-Quote 2) am Gesamtkapital wieder.

Die Fehlbetragsquote gibt Auskunft über den durch den Jahresfehlbetrag in Anspruch genommenen Anteil des Eigenkapitals (Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage).

Kennzahlen der Ertragslage

Kennzahl	Formel	Kennzahl 2009
Netto-Steuerquote	$\frac{(\text{Steuerertrag} - \text{Gew.st.uuml.} - \text{Finanz.bet.Fonds.Dt. Einheit}) \times 100}{\text{Ordentliche Erträge} - \text{Gew.st.uuml.} - \text{Finanz.bet.Fonds.Dt. Einheit}}$	56,60 %
Zuwendungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	19,30 %
Personalintensität	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	22,45 %
Sach- und Dienstleistungsintensität	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	6,42 %
Transferaufwandsquote	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	48,08 %

Die Netto-Steuerquote zeigt, inwieweit sich die Gemeinde durch Steuereinnahmen selbst finanzieren kann und somit von staatlichen Zuwendungen abhängig ist. Im Gegensatz dazu gibt die Zuwendungsquote an, in welchem Umfang die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die Personalintensität gemäß Kennzahlenset gibt im Sinne einer Personalaufwandsquote an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Ebenso zeigen die Kennzahlen Sach- und Dienstleistungsintensität und Transferaufwendungen, in welchem Ausmaß die Stadt Schwerte Leistungen Dritter in Anspruch nimmt bzw. Transferaufwendungen geleistet hat.

Kennzahlen der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Formel	Kennzahl 2009
Infrastrukturquote	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	30,21 %
Abschreibungsintensität	$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf AV} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	7,78 %
Drittfinanzierungsquote	$\frac{\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten} \times 100}{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}}$	39,99 %
Investitionsquote	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge des AV} + \text{Abschreibungen AV}}$	48,22 %

Die Infrastrukturquote spiegelt das Verhältnis des Infrastrukturvermögens zum Gesamtvermögen wider.

Die Abschreibungsintensität zeigt, in welchem Umfang die Stadt Schwerte durch Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die Drittfinanzierungsquote gibt an, inwieweit die Belastung durch Abschreibungen auf das Anlagevermögen durch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten abgemildert wird.

Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgänge neue Investitionen gegenüberstehen.

Durch die defizitäre Haushaltslage kann eine angemessene Reinvestition und Substanz- und Werterhaltung der kommunalen Vermögenswerte nicht erfolgen. Eine Substanz- und Werterhaltung würde voraussetzen, dass in Höhe der jährlichen Abschreibungen reinvestiert werden müsste.

Kennzahlen der Finanzlage

Kennzahl	Formel	Kennzahl 2009
Anlagendeckungsgrad 2	$\frac{\text{EK} + \text{SoPo'en aus Zuwend.} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$	67,73%
Effektivverschuldung	$\begin{aligned} &\text{Gesamtes Fremdkapital} \\ &- \text{Liquide Mittel} \\ &- \text{kurzfristige Forderungen} \\ &= \text{Effektive Verschuldung} \end{aligned}$	157.577.857,52 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	$\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit(FR)}}$	-18,06
Liquidität 2. Grades	$\frac{(\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}) \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	6,98 %
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	22,94 %
Zinslastquote	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	3,74 %

Der Anlagendeckungsgrad 2 gibt Auskunft inwieweit das langfristige Vermögen mit langfristigem Kapital finanziert ist. Grundsätzlich sollte der Anlagendeckungsgrad 2 100% betragen.

Die Effektivverschuldung, die sich aus dem gesamten Fremdkapital abzüglich liquider Mittel und kurzfristiger Forderungen zusammensetzt, beträgt für das Jahr 2009 157.566.167,94 EUR. Bei einem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von - 8.725.486,58 EUR ist eine Entschuldung bei gleich bleibenden Verhältnissen nicht absehbar.

Mit Hilfe der Kennzahl Dynamischer Verschuldungsgrad lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Stadt Schwerte beurteilen. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie viel Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Mitteln vollständig zu tilgen. Da der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit negativ ist, ist eine Entschuldung unter gleich bleiben Bedingungen nicht möglich.

Die Liquidität 2. Grades gibt stichtagbezogen an, inwieweit die kurzfristigen Forderungen und flüssigen Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken. Sie sollte ca. 100 % betragen. Ein niedrigerer Wert zeigt einen Liquiditätsengpass auf.

Mit Hilfe der Kennzahl Kurzfristige Verbindlichkeitsquote kann beurteilt werden, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

Die Zinslastquote zeigt, welche Belastungen aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen bestehen.